

# Protest



# Kukier

Eine Publikation unter Beteiligung von AStA, FSRK, Fachschaftsräten und 18-Uhr-Treffen No. 5, Donnerstag, 21. November 2002

Entwurf für die Resolution der studentische Vollversammlung am 26. November 2002:

## "Aufstehen für eine solidarische Stadt!"

Unter diesem Motto findet am 5. Dezember anlässlich der Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft eine von Gewerkschaften organisierte Großdemonstration gegen die Politik des Rechtssenats statt. Nicht Teil-Interessen sollen hierbei Anlass sein, vielmehr wird angestrebt, die bisherigen Aktivitäten gegen die Senatspolitik zusammenzuführen - so wie es die Studierenden der Uni laut ihrer Resolution vom 15.05.2002 angestrebt haben.

Die Politik des Senates hat eine einheitliche Linie: Überall sollen soziale Absicherung, gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität zugunsten des Konkurrenzprinzips zerschlagen werden. "Jeder gegen Jeden" soll die Devise sein, und wer dabei auf der Strecke bleibt oder gar sich wehrt, hat mit staatlichen Repressionen zu rechnen.

Für Bildung und Wissenschaft will Wissenschafts-"Manager" Jörg Dräger strikte Gängelung und betriebswirtschaftliche Orientierung als Prinzipien durchsetzen. Dafür dienen eine externen "Experten"-Kommission (besetzt mit Vertretern von BMW, Schering und Bertelsmann) und das so genannten HochschulModernisierungsGesetz.

Dräger befindet sich damit im Einklang mit der Politik des gesamten Senats. Dieser vollzieht die politischen Interessen der Hamburger Wirtschaft. Die Steigerung von Unternehmensprofiten ist das Ziel dieser Politik. Gemeinsame Methode von Wirtschaftsverbänden wie Senatsparteien ist es, durch die Verschärfung der Konkurrenz in allen gesellschaftlichen Bereichen soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Konflikte zu

verewigen statt zu bekämpfen. Dagegen ist die Solidarität aller von der Senatspolitik betroffenen erforderlich. Dem Senat muss deutlich werden, dass seine Politik - und damit er - nicht gewollt sind.

Die Vollversammlung der Studierenden der Universität Hamburg begrüßt daher die Großdemonstration und das Streben nach einem gemeinsamen Vorgehen.

Ein neuer Senat wird wirklich fortschrittliche Politik realisieren müssen. Denn auch vor dem Rechtssenat erfüllte beispielsweise die Uni nicht ausreichend den Anspruch, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern die Studierenden der Universität Hamburg folgende notwendigen Reformen:

\* Demokratische Mitbestimmung statt hierarchischer Managementstrukturen!

\* Bildung und Wissenschaft in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung statt Dienstleistungs- und Verwertungsorientierung;

\* Freiheit von Forschung und Lehre statt Gängelung durch Sanktionen;

\* Schaffung von Grundlagen für eigenständige Studiengestaltung durch inhaltliche Orientierung und Transparenz der Studiengänge statt Formalisierung des Studiums;

\* Bildung für Alle statt Konkurrenz und Elitenbildung;

\* staatliche und bedarfsdeckende Hochschulfinanzierung statt Privatisierung;

\* soziale Absicherung der Studierenden statt Studiengebühren!

Für gesellschaftlichen Nutzen statt für Unternehmensprofite!

Weg mit dem Rechtssenat!

## Veranstaltungsankündigung

Diesen Monat soll das sogenannte HochschulModernisierungsgesetz zur Erörterung in die Bürgerschaft gelangen. Schon seit die ersten Züge dieses Gesetzes bekannt sind, gibt es reichlich Protest. Viele Hochschulmitglieder protestieren gegen die von Wissenschaftssenator Jörg Dräger angestrebte Ausrichtung der Hochschulen an den Profitinteressen der Wirtschaft. Dabei werden zwei Grundlinien kritisiert: Zum einen geht es um den inhaltliche Zuschnitt von Forschung und Lehre z. B. durch Fächer- und Hochschulschließungen, gezielte Mittelvergabe, Entdemokratisierung oder Studienkonten. Zum anderen wird deren repressive Absicherung durch Zwangsexmatrikulationen, sog. Langzeitstudiengebühren oder Einschränkung der Rechte der Verfassten Studierendenschaft kritisiert. Uniprä-

sident Lühje unterstützt Wissenschaftssenator Dräger dabei vor allem die Behördenpolitik in Hinblick auf Studiengebühren. Studierende und Universitätsgremien haben sich dagegen gegen Studiengebühren, für mehr demokratische Beteiligung und bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung der Hochschulen ausgesprochen und begründen dies mit der hohen Verantwortung, die Bildung und Wissenschaft für eine humane gesellschaftliche Entwicklung haben.

Die Hochschulmitglieder stehen mit ihrer Kritik an der Wirtschaftsorientierung des Hamburger Senats nicht allein. Gewerkschaften, Bildungsinstitutionen, soziale und kulturelle Einrichtungen kämpfen gegen massive Sparmaßnahmen und versuchen zunehmend, ihren Protest zusammenzufassen.

Um die Grundlinien dieser

Diskussion nachvollziehbar zu machen und die Kritik der Studierenden an der Politik des Senats und dem Verhalten des Universitätspräsidenten zu bündeln und gemeinsam mit einem Vertreter der Gewerkschaftsseite zu erörtern findet daher folgende Veranstaltung statt:

Bildung und Wissenschaft - Für gesellschaftlichen Nutzen oder für Unternehmensprofite?  
Dienstag, 26.11.2002,  
14 Uhr, Audimax

Mit:

- \* Jürgen Lühje (Universitätspräsident)
- \* Jörg Dräger (Wissenschaftssenator, angefragt)
- \* Wolfgang Rose (Ver.di-Landesbezirksvorsitzender, angefragt)
- \* Benjamin Bechtel (AStA)
- \* Christian Schomann (AStA)
- \* Till Petersen (FSRK)

Diskussionsleitung:  
\* Benjamin Gedrose (FSR Psychologie)

## Termine+++T

Nächste

### Vollversammlung

Dienstag, den 26. November,  
16 Uhr im Audimax.

### Demo und Kundgebung gegen die Senatspolitik "Aufstehn für eine solidarische Stadt"

Donnerstag, den 5. Dezember

Auftaktkundgebung:

16:30 Uhr auf dem Legienplatz (beim DGB-Haus Besenbinderhof)

Abschlusskundgebung:

19:00 Uhr auf dem Großneumarkt

Veranstaltet von DGB Hamburg, Ver.di und GEW